

Die großkoalitionäre Einigung über das neue Fremdenrecht

sung

... somit weit unter der Richtlinie vorgesehene Dauer von 18 Monaten stellt wird weiters, ...ubhaft nur das letzte ...arf und davor gelin- ...Meldepflicht etc.) an- ...nd. Das gilt insbeson- ...s für 14- bis 16-jähri- ...Erst wenn diese wie- ...holt gegen bestimmte ...ndere Mittel versto- ... (etwa nicht in einer ...immten Unterkunft ...oen), kann eine ...ubhaft verhängt wer- ...die aber nicht län- ...ls zwei Monate dau- ...darf. Wobei von ...s wegen in allen Fäl- ...die Schubhaft alle ...Wochen überprüft ...en muss. Der ...ierte in der Vergan- ...es in Österreich in ...keine ausreichende ...g gibt - in Zukunft ...ostenlose Rechtsbe- ...n Einzelfall. ...mit minderjährigen ...n im Falle der Ab- ...it getrennt werden. ...einer Abschiebung ...mit Minderjährigen ...Dauer der Schub- ...gering zu halten ...wei Tage) und darf ...ten Einrichtungen ...otierten und geeig- ...gen, keinesfalls in ...rfolgen. ...enfalls gerne kriti- ...ngspflicht angeht ...iesien, dass diese ...Tage beträgt (statt ...rie von Innenmi- ...ursprünglich ge-



Josef Hader bei der SOS-Mitmensch-Aktion „Zurück an den Absender“ vergangenen Montag vor dem Innenministerium. Foto: APA

Integrationspolitische Bankrotterklärung ...

... und eine Schande für Österreich

Barbara Coudenhove-Kalergi

**B**ösartiger geht's nicht mehr. Kontraproduktiver auch nicht. Die jetzt verabschiedeten neuen, verschärften Fremden-gesetze bilden den bisherigen Höhepunkt der einschlägigen Bemühungen aus dem Hause Fekter. Beschlossen wurden sie gegen den Einspruch sämtlicher Experten, der Wirtschaft, der Sozialpartner und auch der vom Innenministerium selbst eingesetzten Steuerungsgruppe für den sogenannten Nationalen Integrationsplan. Wieder eine Bankrotterklärung der

Maturaniveau. Die Sprachexper-ten sind sich einig: viele Men-schen, besonders solche mit nied-rigerer Bildung, erreichen das nie. (Wie viele österreichische Fachar-beiter könnten in kurzer Zeit flie-ßend Arabisch lernen? Wie viele österreichische Politiker?) Ganz abgesehen davon, dass die erwei-terten Sprachkurse für viele nicht leistbar sind.

Im Endeffekt bedeutet das, dass zehntausende Einwanderer, die zum Teil schon seit zehn Jahren legal in Österreich leben, arbeiten und Steuern zahlen, deren Kinder hier in die Schule gehen und oft